

Antrag 2023/KL/8**Jusos RLP****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Version der Antragskommission****Transparenz in der Kommunalpolitik**

1 Wir fordern die Landesregierung
2 Rheinland-Pfalz auf, eine landesweit
3 einheitliche und zentrale digitale Plattform
4 zu schaffen, auf der die Gemeinde-, Stadt-,
5 Kreis-, Verbandsgemeinderäte und der
6 Bezirkstag Pfalz verpflichtet werden, ihre
7 Beschlüsse und aktuell behandelte Themen
8 offen zu legen. Die genannten Gremien
9 werden zusätzlich dazu verpflichtet, die
10 Beschlüsse in verständlicher Sprache zu
11 erklären.

12

13 Begründung

14 Eine Verpflichtung aller kommunalen Ge-
15 bietskörperschaften zur Veröffentlichung
16 auf Social Media halten wir aus mehre-
17 ren Gründen für nicht zielführend. Abgese-
18 hen davon, dass unklar ist, welche Social
19 Media Plattformen als "gängig" anzusehen
20 sind, lehnen wir die Verpflichtung der kom-
21 munalen Gebietskörperschaften zur Nut-
22 zung privater Digitalkonzerne grundsätz-
23 lich ab. Zudem übersteigt die Bedienung
24 zahlreicher Social-Media-Plattformen die
25 personellen und fachlichen Ressourcen der
26 meisten insbesondere kleinen Ortsgemein-
27 den. Ohnehin ist es den kommunalen Ge-
28 bietskörperschaften freigestellt das bisher
29 schon zu tun. Eine Pflicht zur Erklärung in
30 verständlicher Sprache hingegen halten wir
31 für sinnvoll.

Wir setzen uns vor Ort dafür ein, dass auf kommunaler Ebene Beschlüsse in verständlicher Sprache erklärt werden.